

Leipziger Universitätsreden

**Ehrenpromotion
Eckart Hien**

18. Oktober 2006

UNIVERSITÄT LEIPZIG

Leipziger Universitätsreden

Neue Folge Heft 102

Reden zur Ehrenpromotion

Eckart Hien

18. Oktober 2006



UNIVERSITÄT LEIPZIG

Impressum

Herausgeber: Rektor der Universität Leipzig
Redaktion: Dr. Manuela Rutsatz
Satz: Susanne Michel
ISBN 978-3-934178-83-0
Redaktionsschluss: 31.08.2007
Preis: 2,00 €

Kontakt

Pressestelle
Ritterstraße 26, 04109 Leipzig
Telefon 0341 97-35020
presse@uni-leipzig.de
www.uni-leipzig.de/presse



Überreichung der Ehrenpromotionsurkunde an Eckart Hien durch Rektor Prof. Dr. Franz Häuser (r.) und Dekan Prof. Dr. Burkhard Boemke (li.)
18. Oktober 2006, Festsaal im Alten Rathaus der Stadt Leipzig.



Rektor Franz Häuser, Herr Eckart Hien und Frau, Dekan Burkhard Boemke, Oberbürgermeister Burkhard Jung (v.l.n.r.)

Inhalt

Programm	9
-----------------	----------

Begrüßung	11
------------------	-----------

Professor Dr. Burkhard Boemke
Dekan der Juristenfakultät

Grußwort	15
-----------------	-----------

Professor Dr. Franz Häuser
Rektor der Universität Leipzig

Grußwort	19
-----------------	-----------

Burkhard Jung
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Laudatio	23
-----------------	-----------

Professor Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier
Präsident des Bundesverfassungsgerichts

Laudatio	29
-----------------	-----------

Professor Dr. Christoph Degenhardt
Juristenfakultät

Dankesrede	35
-------------------	-----------

Dr. h.c. Eckart Hien
Präsident des Bundesverwaltungsgerichts

**Verleihung der
Ehrendoktorwürde
der Juristenfakultät
an Eckart Hien**

18. Oktober 2006

Festsaal im Alten Rathaus der
Stadt Leipzig

Programm

Begrüßung

Professor Dr. Burkhard Boemke
Dekan der Juristenfakultät

Grußworte

Professor Dr. Franz Häuser
Rektor der Universität Leipzig
Burkhard Jung
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Laudationes

Professor Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier
Präsident des Bundesverfassungsgerichts
Professor Dr. Christoph Degenhardt
Juristenfakultät

Überreichung der Promotionsurkunde

Dankesrede

Dr. h.c. Eckart Hien
Präsident des Bundesverwaltungsgerichts

Begrüßung

Professor Dr. Burkhard Boemke
Dekan der Juristenfakultät

Sehr geehrter Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
verehrte Staatssekretärin Hauser,
geehrter Oberbürgermeister von Leipzig,
Magnifizienz,
Conspectabiles,
meine verehrten Damen und Herren,
hochansehnliche Festversammlung,

und, um Worte zu wählen, die Sie selbst anlässlich des Festaktes zum 50jährigen Bestehen des Bundesverwaltungsgerichtes verwendeten: „Am lastesten aber mitnichten am leastesten“, weil im Mittelpunkt der heutigen Festveranstaltung stehend, sehr geehrter Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes Eckart Hien.

Über Ihre Taten und Werke, mit denen Sie sich die heutige Ehrung verdient haben, werden in wenigen Minuten Berufenere ausführlich Bericht ablegen. Aber in aller Regel besteht zwischen dem zu Promovierenden und der promovierenden Fakultät eine besondere Beziehung, die über die Leistungen, die Anlass der Promotion sind, hinausgeht. Wir haben heute mit dem 18. Oktober einen für die Region, vielleicht sogar für ganz Kontinentaleuropa bedeutsamen, geschichtsträchtigen Tag, an den – um damit den Bogen zur Stadt Leipzig und somit zu Ihnen, Herr Oberbürgermeister, als Repräsentant dieser Gebietskörperschaft, zu spannen – auch eine Straße in Leipzig, nämlich die Straße des 18. Oktobers, unter Insidern auch besser als „Oktoberstraße“ bekannt, erinnert. In Anbetracht dieser historischen Komponente gestatten Sie mir – angesichts der bevorstehenden Lobreden in der gebotenen Kürze – drei historische Parallelen in der Verbindung zwischen unserer Juristenfakultät sowie unserer Alma mater Lipsiensis einerseits und den höchsten deutschen Gerichten andererseits aufzeigen, die in dem Gebäude, dessen Hausherr Sie als Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes seit dem 26. August 2002 sind, beheimatet sind oder waren.

Die erste wichtige Parallele und Verbindung ist: Unterstützung bei der Zurverfügungstellung repräsentativer Räumlichkeiten für Festakte. Als das Reichsgericht am 1. Oktober 1879 seine Arbeit aufnahm, stand ihm noch nicht das prunkvolle Gebäude am ehemaligen Dimitroffplatz zur Verfügung. Dessen Schlussstein wurde erst am 26. Oktober 1895 gelegt. Daher gewährte – so wie wir heute als Gast der Stadt Leipzig im Alten Rathaus weilen – die Universität Leipzig dem Reichsgericht anlässlich der Eröffnungsfeierlichkeiten Gastfreundschaft und stellte ihre Aula zur Verfügung.

Als Inhaber des Hausrechts haben Sie, lieber Herr Hien, der hiesigen Juristenfakultät wiederholt Gastfreundschaft gewährt und die Räumlichkeiten des Hohen Hauses für Festakte und bedeutende wissenschaftliche Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Ich selbst war Nutznießer dieser besonderen Verbindung, als ich im November 2003 den fünften Jahrestag der Wiedererrichtung des Instituts für Arbeits- und Sozialrecht mit einer Festveranstaltung im großen Plenarsaal und einem anschließenden Empfang im Festsaal begehen konnte. In diesem Jahr hatte ich die Ehre, zu drei akademischen, fakultären Anlässen im Bundesverwaltungsgericht sprechen zu dürfen, nämlich anlässlich der feierlichen Exmatrikulation unserer Absolventen und Absolventinnen, anlässlich der Antrittsvorlesung unseres hochgeschätzten Kollegen Markus Kotzur sowie anlässlich der 17. Jahrestagung der Gesellschaft junger Zivilrechtswissenschaftler, die in diesem Jahr von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des akademischen Mittelbaus im Bereich Zivilrecht unserer Juristenfakultät ausgerichtet wurde. Richten wir einen kurzen Blick in die Zukunft, dann stellen wir fest, dass die 3. Leipziger Bergrechtstagung am 14. November 2006 wiederum in den Räumen des Bundesverwaltungsgerichts stattfinden wird. Diese von Ihnen praktizierte Gastfreundschaft, verehrter Herr Präsident, steht in guter geschichtlicher Tradition und ist Ausdruck einer intensiven Verbindung zwischen dem Bundesverwaltungsgericht und der Juristenfakultät.

Die zweite wichtige Verbindung ist der gedankliche und wissenschaftliche Austausch zwischen den Mitgliedern der Juristenfakultät und den Mitgliedern des hohen Gerichts. Überliefert ist, dass hauptamtliche Leipziger Professoren zu keiner Zeit Richter am Reichsgericht waren, während umgekehrt Reichsrichter durchaus Lehraufträge bzw. Honorarprofessuren an der Juristenfakultät wahrnahmen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an den früheren Präsidenten des Reichsgerichts Walter Simons erinnern, der im Jahr 1929 sein Amt niederlegte und Honorarprofessor für Völkerrecht an der Universität Leipzig wurde. Wichtig waren daneben Vorträge in der Leipziger Juristischen Gesellschaft mit Referenten aus dem Reichsgericht und der Leipziger Juristenfakultät, an die sich ein reger Gedankenaustausch

anschluss, wodurch – wie gesagt wird – manch bedeutsame Erkenntnis gefördert wurde.

Auch heute findet sich unter meinen Kollegen kein Richter am Bundesverwaltungsgericht, während wir umgekehrt stolz darauf sind, aus der Richterschaft des Bundesverwaltungsgerichts mit Herrn Kollegen Rojahn und Herrn Kollegen Berlit zwei Honorarprofessoren in unseren Reihen zu haben. Auch darüber hinaus findet ein reger Gedankenaustausch zwischen den Richtern des Bundesverwaltungsgerichts und den Mitgliedern der Juristenfakultät statt. Auch heute gibt es eine Leipziger Juristische Gesellschaft, die im Jahre 1993 gegründet wurde, und mit regelmäßigen Vortragsveranstaltungen das Ziel verfolgt, Juristen aller Berufsrichtungen und Arbeitsfelder miteinander ins Gespräch zu bringen und den Gedankenaustausch über aktuelle rechtliche, rechtswissenschaftliche, rechtspolitische und allgemein interessierende Gegenwartsfragen zu fördern. Die Veranstaltungen der Leipziger Juristischen Gesellschaft e. V. finden seit geraumer Zeit regelmäßig im Bundesverwaltungsgericht statt und sind inzwischen fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt Leipzig. Der Tagungsort hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass Sie verehrter Präsident, nach dem Umzug von Berlin nach Leipzig Vorsitzender dieser ehrenwerten Gesellschaft wurden.

Kommen wir zur dritten geschichtlichen Verbindung, mit der wir nun tatsächlich im hier und heute angekommen sind: Drittens und letztens geht es um Ehrenpromotionen. Aus Anlass des 25jährigen Bestehens des Reichsgerichts kam es am 1. Oktober 1904 zu einer kollektiven Ehrenpromotion von zehn Reichsgerichtsräten, die – so der damalige Senatspräsident Otto Löwenstein – Ausdruck der vortrefflichen Beziehungen zwischen der Juristenfakultät und dem damaligen Reichsgericht war. Unmittelbar nach diesen für Reichsgericht und Juristenfakultät ehrenvollen Kollektivpromotionen begann die lange Amtszeit des Präsidenten des Reichsgerichts Freiherr von Seckendorff, der bereits zwei Jahre nach seinem Amtsantritt im Jahr 1907 die Ehrendoktorwürde der Juristenfakultät erhielt. Wie der damalige Dekan der Juristenfakultät betonte, war von Seckendorff bei seinen Richterkollegen sehr beliebt und machte die Räumlichkeiten des Gerichts während seiner langen Amtszeit zu einem Mittelpunkt der Geselligkeit der Stadt.

Hochansehnliche Festversammlung, ich bin sicher und überzeugt, dass unser Ehrendoktor in spe, Herr Präsident Hien, bei seinen Richterkollegen sehr beliebt ist und das Bundesverwaltungsgericht einer der Mittelpunkte des Rechts in der Stadt des Rechts ist. Es gibt allerdings darüber hinaus gehende, tragende Gründe, die uns zu diesem Schritt veranlasst haben. Schon in der Bibel heißt es: „Man zündet auch nicht ein Licht an und setzt es unter einen Scheffel, sondern auf einen Leuchter; so leuchtet es allen, die im Hause sind. So

laßt euer Licht leuchten vor den Leuten, damit sie eure guten Werke sehen und euren Vater im Himmel preisen“. Damit wir Ihre Werke und Taten preisen können, Herr Präsident, werde ich nunmehr meine Begrüßung beenden, um den Platz zunächst für zwei weitere Grußworte von Magnifizienz Häuser und unserem Oberbürgermeister und sodann für solche freizumachen, die dazu berufen sind, Ihr Licht in die Welt hinauszutragen.

Und Sie, liebe Festversammlung, fordere ich mit den Worten aus dem Gleichnis vom Sämann aus dem Markus-Evangelium auf: „Wer Ohren hat zu hören, der höre“.

Grußwort

Professor Dr. Franz Häuser
Rektor der Universität Leipzig

Spectabiles, sehr geehrte Mitglieder des Akademischen Senats,
liebe Mitglieder des Rektoratskollegiums,
lieber Herr Präsident Hien, sehr geehrte Frau Hien,
hochverehrter Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts Papier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin,
hohe akademische Festversammlung!

Es freut mich außerordentlich, dass ich Sie alle ganz herzlich im Namen des Rektoratskollegiums sowie des akademischen Senats unserer Universität und auch ganz persönlich aus Anlass der Feier dieser Ehrenpromotion hier im Alten Rathaus unserer Stadt begrüßen darf. Meine besondere Freude über dieses Grußwort erwächst aus dem Bedürfnis, Ihnen, sehr verehrter, lieber Herr Hien, im Namen unserer Universität sehr herzlich zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der Juristenfakultät zu gratulieren.

Ich darf auch Ihnen, hochverehrter Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts Papier, dafür danken, dass Sie mit Ihrer Anwesenheit und Ihrer Laudatio auf den Ehrenpromovenden dazu beitragen, der heutigen Feier einen besonderen höchstrichterlichen Glanz zu verleihen. Nochmals vielen Dank.

Eine Ehrenpromotion ist nicht ausschließlich eine herausragende Angelegenheit der verleihenden Fakultät, sondern nach ihrem Selbstverständnis auch ein besonderes Ereignis der gesamten Universität. Die Promotionsordnungen der Fakultäten rücken selbstverständlich auch bei einer Ehrenpromotion die besonderen zu würdigenden wissenschaftlichen Leistungen und die besonderen Verdienste des Laureaten um das Fach in den Vordergrund, das Fach, das der verleihenden Fakultät in Forschung und Lehre anvertraut ist, heute also die Rechtswissenschaft. Das Interesse und die Beteiligung der Gesamtuniversität spricht unsere Grundordnung in den dürren Worten des § 34 Satz 2 an, und wenn es einen Juristen zu ehren gilt, darf man, so denke ich, eine solche Vorschrift auch zitieren, in der es heißt: „Die Verleihung erfolgt auf

Beschluss des Fakultätsrates im Benehmen mit dem Senat“. Und auch insoweit weiß natürlich der Verwaltungsrechtler um die rechtliche Qualität dieser Mitwirkung: Der akademische Senat als gesamtuniversitäres Organ ist mit Rücksicht auf den besonderen Stellenwert der Ehrung zuvor zu informieren und es ist ihm Gelegenheit zu geben, zusätzlich zu den Anforderungen in den Promotionsordnungen der einzelnen Fakultäten Stellung zu nehmen. In den Laudationes wird sicherlich die erwähnte inhaltliche Seite angesprochen werden.

Wie aber kann die Perspektive der Gesamtuniversität aussehen, wenn es darum geht, den Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts zu ehren. Nun ist der Präsident dieses obersten Bundesgerichts nach wie vor aktiver Bundesrichter, und er ist Chef der mit dem Gericht verbundenen Verwaltung, aber er ist auch Repräsentant dieses Gerichts. Und wenn man sich an der anschaulichen Umschreibung von Carl Schmitt orientiert und Repräsentation als die Sichtbarmachung des Unsichtbaren versteht, dann wird deutlich, dass Herr Hien auch die Rolle als personifiziertes und so sichtbares Bundesverwaltungsgericht zu spielen hat, eine Funktion, die er hier in Leipzig auch aus der Sicht der Universität in hervorragender Weise wahrnimmt. Und er hat sein Amt auch in sehr generöser Form gegenüber der Universität wahrgenommen, vor allem wenn die Universität in der einen oder anderen Form um eine Unterstützung bat.

Universität und in Leipzig ansässiges Oberstes Gericht waren sich auch in der Vergangenheit in besonderer Weise zugetan. Der Dekan der Juristenfakultät hat darauf bereits hingewiesen. Mangels eigener attraktiver Räume feierte das Reichsgericht im Jahre 1879 seine Eröffnung in der Aula der Universität. Heutzutage findet im Gegenzug so manche Feier der Universität in den Sälen des Bundesverwaltungsgerichts statt. Immer erreichen uns anschließend Kommentare von beeindruckten Gästen, denen häufig erst im Laufe der Veranstaltungen bewusst geworden ist, dass es sich um Räume handelt, in denen auch die aktuelle Rechtspflege des Gerichts stattfindet.

Auch zu Zeiten des Reichsgerichts hat es Ehrenpromotionen von Richtern gegeben. Ich spreche insoweit bewusst in der Mehrzahl, um daran zu erinnern, dass im Jahr 1904 aus Anlass des 25. Geburtstages des Reichsgerichts die Juristenfakultät zehn seiner Mitglieder mit dem Ehrendoktorat auszeichnete. Mein rechtshistorischer Kollege Kern, der sich im Jahre 2004 mit diesem denkwürdigen Ereignis vor hundert Jahren befasste, fand es „auffällig“, dass sich unter den damals Ausgezeichneten nicht auch der Präsident des Reichsgerichts befand. Nun, heute drehen wir den Spieß gleichsam um und ehren nur den Präsidenten des obersten Gerichts, des Bundesverwaltungsgerichts, und finden dies, so denke ich, in keiner Weise „auffällig“.

Lieber Herr Hien, die Universität Leipzig schätzt sich vielmehr glücklich, dass mit Ihrer heutigen Ehrenpromotion die hervorragenden, man kann schon sagen, freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Universität, dem Gericht und Ihnen ganz persönlich auch einen formellen Charakter erhalten, der über Ihre aktive Zeit als Gerichtspräsident hinauswirken möge.

Grußwort

Burkhard Jung
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Sehr geehrter Laureat, lieber Herr Hien, sehr geehrte Familie Hien,
sehr geehrte Frau Hauser, sehr geehrter Herr Diwell,
ich begrüße Sie als die Vertreter des Bundes- und des Sächsischen Justizministeriums!

Ganz besonders freue ich mich, dass zum heutigen Anlass der Präsident des Bundesverfassungsgerichts den Weg nach Leipzig gefunden hat, sehr geehrter Herr Prof. Dr. dres. h.c. Papier seien Sie uns hier in Leipzig herzlich willkommen,

sehr geehrte Frau Haas, sehr geehrter Herr Dr. Franzen, auch Ihnen als vormalige Richterin am Bundesverfassungsgericht und als Vorgänger von Herrn Hien als Präsident des Bundesverwaltungsgerichts ein herzliches Willkommen in Leipzig,

sehr geehrter Herr Rektor, Professor Dr. Häuser,

sehr geehrte Herren der Juristischen Fakultät, Professor Dr. Boemke und Professor Dr. Degenhart,

sehr verehrte Festgäste!

Ehrenpromotionen drücken bekanntlich die Verbundenheit der Wissenschaft mit der gesellschaftlichen Lebenswelt aus, in der sie zu Hause ist. Sie bilden einen Brückenschlag aus der reinen Welt der Ideen und Argumente in die widersprüchliche Realität von Tatsachen und Entscheidungen. Der in Ehren Promovierte kann also auf Grund der ihm angetragenen Würde mit Fug und Recht behaupten, in diesen zwei Welten zu Hause zu sein. Für wen wäre eine solche Beschreibung zwingender als für einen Menschen, der Recht spricht. Er muss die Prinzipien und Normen mit den Widrigkeiten des Lebens in Einklang bringen. Wer dies zustande bringt, ist aller Ehren wert.

Meine Damen und Herren!

Unter den vielen Kennzeichen, mit denen Leipzig sich schmücken kann, ist die „Stadt des Rechts“ zu Unrecht ein oft unterschlagenes Qualitätsmerkmal. Und doch hat Leipzig allen Grund, sich dieses Attributs zu rühmen. Leipzig ist fraglos eine „Stadt des Rechts“, eine Stadt der Rechtsprechung und der Rechtsauslegung.

Dies hat historische Gründe. Leipzig kann mit einer enormen rechtsgeschichtlichen Tradition aufwarten. Nach der Reichsgründung im Jahr 1871 entstanden in Leipzig bedeutende nationalstaatliche Organe der Rechtspflege. Schon im April 1871 wurde das Reichsoberhandelsgericht eröffnet, dessen Aufgaben 1879 das Reichsgericht mit übernahm. Dieses Gericht war Symbol wie Instrument der Vereinheitlichung der Rechtsstrukturen im Deutschen Reich.

Sein erster Vorsitzender, Eduard von Simson, ist heute Namensgeber für den Platz vor dem Bundesverwaltungsgericht. Es folgten – aber Sie kennen die Daten zweifellos besser – der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte und der Disziplinarhof für die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten. Während der Weimarer Republik entstanden beim Reichsgericht der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich und das Reichsarbeitsgericht, um nur die wichtigsten zu nennen. Leipzig war damit zur deutschen Hauptstadt der Rechtspflege geworden.

Leipzig steht aber auch für die dunklen Seiten der deutschen Rechtsgeschichte. Im Reichsgericht begann während des sogenannten Reichstagsbrand-Prozesses die nationalsozialistische Aushöhlung des Rechts. Hier inszenierte vor aller Augen der Unrechtsstaat die Beugung des Rechts unter die Knute der Willkür. Im Oktober 1933 trafen sich in Leipzig über 20.000 Juristen, um vor dem Reichsgericht ihr „rückhaltloses Bekenntnis zur nationalen Erhebung und zur nationalen Rechtsbewegung zu bekunden“, wie es im damaligen Jargon hieß.

Hier entstand nach 1949 eine Bleibe für die Kunstsammlungen unserer Stadt, das Museum der Bildenden Künste, aber auch ein Ort der kommunistischen Heldenverehrung, das sogenannte Dimitroff-Museum. Aber auch das ist heute Historie.

Es erscheint mir sinnvoll – auch zu Anlässen wie diesen – diese Geschichte in Erinnerung zu rufen. Denn sie beschreibt die unaufhebbare Differenz zu unserer rechtsstaatlichen Gegenwart, die das Resultat der Verarbeitung dieser politischen Erfahrungen darstellt. Um eine rechtsstaatlich fundierte Demokratie ist in Deutschland lange gestritten worden. Heute ist sie der Augapfel unserer politischen Ordnung.

Diese Geschichte ist also das eine, unsere Aktualität das andere. Leipzig hat seit der Friedlichen Revolution an seine rechtsgeschichtliche Tradition angeknüpft. Das Ergebnis ist eine hohe Konzentration juristischer Einrichtungen in unserer Stadt. Unsere Stadt ist heute nicht nur der Sitz eines Landgerichts, des größten sächsischen Amtsgerichts, eines Verwaltungsgerichts, eines Arbeitsgerichts, eines Sozialgerichts, des Sächsischen Finanzgerichts und des Sächsischen Verfassungsgerichts. In Leipzig hat zudem mit dem 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes der erste und bislang einzige der obersten Gerichtshöfe der Bundesrepublik Deutschland in den neuen Bundesländern seine Zelte aufgeschlagen. Hinzu kommt, dass in Leipzig eine der ältesten juristischen Fakultäten Deutschlands zuhause ist.

Und, natürlich: Leipzig ist seit August 2002 Heimat des Bundesverwaltungsgerichts. Seitdem ist das Bundesverwaltungsgericht „das“ Symbol der demokratischen Wiedervereinigung auf dem Felde der Rechtsprechung. Dass Sie, verehrter Herr Hien, Ihren Anteil am reibungslosen Einleben Ihres Gerichts in unsere Stadtgesellschaft haben, ist allemal Grund genug des Lobes. Dass Sie zudem Ihr Haus der städtischen Öffentlichkeit im wahren Sinne des Wortes geöffnet haben, spricht von einem Verständnis politischer Kultur, das ich vorbildlich nennen möchte. Ich danke Ihnen auch ganz persönlich für die sehr gute Zusammenarbeit. Danke, dass Sie so selbstverständlich in Leipzig angekommen sind.

Meine Damen und Herren!

Wir in Ostdeutschland wissen, wie schwierig das Einleben neuer Rechtsnormen war. Die Veröffentlichung im Amtsblatt ist das eine, die spontane Akzeptanz im Alltag das andere. Um so wichtiger, dass unsere Rechtsinstitutionen sich dem Bürger als offene Einrichtungen präsentieren. Denn, auch das wissen wir: Jede politische Ordnung lebt im Kern von der Akzeptanz, die sie im Rechtsempfinden der Bürger besitzt.

Eine letzte Bemerkung, die ich mir nicht verkneifen kann: Mit Herrn Hien würdigen wir nicht nur einen Mann des Rechts und der Wissenschaften. Ein Blick in seine Vita zeigt, dass er lange Jahre in der inneren Verwaltung des Freistaates Bayern tätig war – bevor er 1980 Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof wurde.

Gestatten Sie mir, diese Tatsache gleichsam gleichnishaft zu deuten: Wir ehren nicht nur den Rechtsprecher und Rechtsexegeten. Wir ehren auch einen vorbildlichen Verwaltungsangestellten. Und dieses letzte Lob, erlauben Sie mir bitte, ist sozusagen auch Anerkennung und „Wunschvorstellung“ eines anderen Verwaltungsmitarbeiters.

Laudatio

Professor Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier
Präsident des Bundesverfassungsgerichts

In der „Guten Stube“ Leipzigs – in diesem prächtigen Festsaal des Alten Rathauses – haben wir uns versammelt, um einen überzeugten und überzeugenden „Wahl-Leipziger“ zu ehren: Eckart Hien, der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, erhält in der heutigen Feierstunde die Ehrendoktorwürde der Juristenfakultät der Universität Leipzig verliehen.

Der Ort, Eckart Hien zu ehren, könnte nicht besser gewählt sein: Nicht nur, dass wir uns hier in einem der schönsten und stolzesten Renaissancebauten Deutschlands befinden, der schon viele prachtvolle Festlichkeiten – aber auch Gerichtsverhandlungen – erlebt und gesehen hat. Der tiefere Grund ist die enge Verbindung von Eckart Hien zu seiner Wahlheimat Leipzig, die die „Gute Stube“ im Leipziger Rathaus zum idealen Ort für diese Festversammlung werden lässt.

Eckart Hien ist gerne in Leipzig und nimmt am öffentlichen Leben der Stadt regen Anteil. Zugleich ist er der erste Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, der seinen Dienst als oberster Repräsentant der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit in der sächsischen Metropole angetreten hat. Das war im Dezember 2002. Erst im September desselben Jahres hatte das Bundesverwaltungsgericht seinen Sitz von Berlin nach Leipzig verlegt und den eindrucksvollen Kuppelbau des ehemaligen Reichsgerichts inmitten des Musikerviertels bezogen. Um dieses wohl schönste deutsche Gerichtsgebäude wird das Bundesverwaltungsgericht von vielen beneidet; wie ich vermute, mittlerweile wohl auch von dem einen oder anderen in Karlsruhe.

Lieber Herr Hien, ich weiß, dass es Ihnen ein besonderes Anliegen ist, aus dem prachtvollen Bau des höchsten deutschen Verwaltungsgerichts keinen Elfenbeinturm werden zu lassen, sondern ein Haus zu führen, das „Ihrem“ Leipzig offen steht. Und diese Offenheit wird – nicht nur bei den zahlreichen Konzerten und Lesungen im historischen Großen Sitzungssaal – von den

Leipzigern und vielen weiteren Gästen aus nah und fern auch gerne und dankbar angenommen.

Wird der oberste Repräsentant der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit geehrt, so liegt es nahe, einige Reflektionen über die Stellung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland anzustellen. Gerade die Verwaltungsgerichtsbarkeit hatte sich in der Vergangenheit immer wieder anhören müssen, der deutsche Rechtsstaat gleite zunehmend in einen Rechtsweg- oder Rechtsmittelstaat ab, beklagt wurde eine Hypertrophie des Rechtsstaates, eine Judifizierung der Politik oder eine Politisierung der Justiz.

Der Vorwurf einer Usurpation politischer Funktionen der ersten und zweiten Gewalt durch den Richter war sicherlich zum Teil getragen von einer antiquierten Gewaltenteilungsidee vergangener Jahrhunderte, die weder den positiven grundgesetzlichen Normierungen, noch den heutigen Gegebenheiten und Möglichkeiten der Gesetzgebung, noch den realen Entscheidungsfindungsprozessen der Judikative gerecht werden kann. Für Montesquieu war die richterliche Gewalt „en quelque facon invisible et nulle“, und die Richter erschienen ihm nur als „der Mund“, der die Gesetze des Staates spreche, „leblose Wesen, die weder seine Stärke noch seine Härte zu mildern vermögen“.

Montesquieu und viele nach ihm ließen sich möglicherweise von der Gerichtsbarkeit ihrer Zeit inspirieren, die sich als Straf- und Zivilgerichtsbarkeit im Wesentlichen auf die privaten Lebensbereiche erstreckte. Die heutige Justiz, vornehmlich die Verwaltungsgerichtsbarkeit, hat kraft Verfassungsrechts Aufgaben übernehmen müssen, „die in das Zentrum unserer gegenwärtigen politischen Existenz führen“ (Fritz Werner). Insbesondere durch Art. 19 Abs. 4 des Grundgesetzes hat der vom Grundgesetz konstituierte Rechtsstaat besondere Prägung erfahren: Der rechtsprechenden Gewalt ist die Kontrolle von Verwaltung und Gesetzgebung übertragen. Schon mit der Anerkennung eines materiellen Prüfungsrechts des Richters entfielen Grundvoraussetzungen des Gesetzespositivismus und der klassischen Gewaltenteilungsdoktrin: nämlich die Richtigkeitsvermutung des Gesetzes.

Zu dieser Prononcierung der rechtsprechenden Gewalt tritt die Absage an eine vom juristischen Positivismus geprägte Vorstellung, dass alles, was nicht Gesetzgebung sei, sich in einem subsumtiven und deduktiven Rechtsanwendungsprozess erschöpfe, also ausschließlich erkenntnishafter Vollzug eines geschlossenen gesetzlichen Normensystems sei. Jene Vorstellung mag auf dem Höhepunkt des Gesetzgebungsstaates, in der Zeit der großen Kodifikationen, die von der Idee der Lückenlosigkeit des Gesetzesrechts geleitet waren, eine gewisse Berechtigung gehabt haben. Schöpferische Willensakte

im richterlichen Rechtsfindungsprozess fielen zumindest nicht störend auf, weil sie von einheitlichen und anerkannten Wertvorstellungen des Gemeinwesens, jedenfalls der es tragenden Kräfte, geprägt waren. Der heutige, die massengesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigende und die massengesellschaftlichen Funktionsabläufe steuernde Gesetzgeber kann mit seinem „kompasslosen Voluntarismus“ und augenblicksgeprägtem Dezisionismus nicht mehr unter dem Anspruch eines der Idee nach geschlossenen gesetzgeberischen Normensystems auftreten. Seinen Rechtssätzen und Institutionen fehlt überwiegend die „Vorformung“ durch gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen. Seine Begriffe sind mehrheitlich traditionslose Zweckschöpfungen, nicht selten überdies voller dilatorischer Formelhaftigkeit. Auf der Grundlage der heutigen Plan- und Zweckgesetze, eines reglementierenden, technisierten und spezialisierten „Situationsrechts“ (Hans Huber) ist die richterliche Rechtsschöpfung offenbar geworden. Die richterliche Tätigkeit beschränkt sich nicht auf syllogistische Erkenntnisakte, ist nicht auf das Auffinden und Nachvollziehen bereits getroffener gesetzlicher Wertungen beschränkt. Sie umfasst stets auch voluntative Elemente, also schöpferische Willensakte, ist geprägt durch subjektiv-dezisionäre und wertende Faktoren.

Nur wer die Tatsache eines rechtsschöpferischen Urteils durch die Richter, das Hinauswachsen der rechtsprechenden Gewalt aus einer bloßen „Hilfsgewalt“ und die Übernahme eines – notwendig begrenzten – Rechtsfortbildungsauftrages zur Kenntnis nimmt, kann wirkliche Krisenerscheinungen im Verhältnis der Rechtsprechung zu den anderen Staatsgewalten und eine verfassungsrechtlich nicht mehr tragbare Machtpotenzierung beim Richter erkennen, ihre tieferen Ursachen ermitteln und Lösungen anbieten. Wenn es im Verhältnis der rechtsprechenden Gewalt zu den übrigen Staatsgewalten Krisenerscheinungen geben sollte, dann sind diese im Grunde auf zwei Ebenen möglich: Entweder übt der Richter rechtsschöpferische Tätigkeit auch dort aus, wo der Normgeber selbst abschließende politische Wertungen und Entscheidungen getroffen hat, oder aber der Gesetzgeber unterlässt dort, wo es um an sich der gesetzlichen Regelung zugängliche Sachverhalte geht, die notwendige politische Gestaltung, Wertung und Entscheidung. Im zweiten Fall überträgt der Gesetzgeber dem Richter Kontrollfunktionen, ohne ihm die Kontrollmaßstäbe mitzuliefern. Auf der Grundlage eines Rechtsverweigerungsverbots werden dem Richter eigene Wertungen, Maßstabsbildungen und politische Entscheidungen dann geradezu aufgedrängt.

Mit dem zweiten Phänomen muss die rechtsprechende Gewalt mehr oder weniger auskommen, sie kann es im Grunde nicht beeinflussen, sondern nur versuchen, es behutsam zu bewältigen. Das erste Phänomen wäre allerdings hausgemacht. Soweit man die Rechtsprechung der deutschen Verwaltungsgerichte über die Jahrzehnte Revue passieren lässt, kann man aber unzweifelhaft feststellen, dass trotz einzelner Ausreißer im Sinne einer unangemessenen Usurpation politischer

Gestaltungsfunktionen die Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht zuletzt unter der stets behutsamen höchstrichterlichen Anleitung des Bundeswaltungsgerichts solchen Anfeindungen im Großen und Ganzen gut hat widerstehen können. Die jeweiligen Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, von Fritz Werner, über Horst Sendler und Everhardt Franßen bis hin zu Eckart Hien, sind auch stets ganz persönlich Vorbilder eines solch maßvollen Umgangs mit der richterlichen Gewalt gewesen.

Damit bin ich wieder bei der Persönlichkeit Eckart Hiens angelangt, dessen berufliches Wirken in der Zweiten Gewalt – nämlich in der Inneren Verwaltung des Freistaats Bayern – seinen Ausgang genommen hat. Eckart Hien war in den ersten zehn Jahren seiner Berufstätigkeit, von 1970 bis 1980, mit den vielfältigen rechtlichen wie organisatorischen Fragen der Landesverwaltung befasst. Hierbei sammelte er Erfahrungen auf allen Ebenen: Beginnend im Landratsamt Ebersberg, über die Regierung von Oberbayern bis hin zum Bayerischen Staatsministerium des Innern, wo Eckart Hien kommunale Grundsatzfragen bearbeitete.

Nach zehn Jahren – also im Jahr 1980 – wechselte Eckart Hien jedoch die „Gewalten“ und trat in die Verwaltungsgerichtsbarkeit ein. Dort führte ihn sein Weg bereits sechs Jahre später an das Bundesverwaltungsgericht. Der Rollentausch vom „Kontrollierten“ zum „Kontrolleur“ war sicher auch prägend für die richterliche Berufsauffassung von Eckart Hien. Als Verwaltungspraktiker kennt er die Anforderungen, die Recht und Gesetz und die Staat und Gesellschaft an den Beamten stellen. Er ist zutiefst davon überzeugt, dass die effiziente, den Bedürfnissen des Landes und seiner Bevölkerung dienende Erfüllung staatlicher Aufgaben auf den kreativen, schöpferisch denkenden Staatsdiener angewiesen ist. Der Gesetzgeber bestimmt einen Rahmen, dessen Grenzen die Verwaltung strikt zu wahren hat. Die Aufgaben der Verwaltung gehen jedoch über den bloßen Gesetzesvollzug weit hinaus. Oft kann – ja muss – die Verwaltung handeln, ohne dass der Inhalt ihres Handelns im Einzelnen vom Gesetzgeber vorgegeben wäre. Hierbei verfügt der Beamte häufig über ein Ermessen, mit welchen Mitteln er den gesetzlichen Zielen auf angemessene Weise Rechnung trägt. Bei der Ausübung dieses Ermessens spielen die Grundsätze der Praktikabilität, der Verhältnismäßigkeit, des schonenden Ausgleichs kollidierender Rechtspositionen und der allgemeinen Gerechtigkeit jeweils eine bedeutende Rolle. Nach der Überzeugung Eckart Hiens kann diese Grundsätze nur derjenige Beamte umfassend anwenden, der persönlich hinlänglich unabhängig ist und der in seinen Entscheidungen nicht mehr als erforderlich gelenkt wird.

Eckart Hien tritt deshalb mit Nachdruck dafür ein, dass die Gerichte den Verwaltungen einen eigenständigen Gestaltungsspielraum belassen und eine

gewisse Zurückhaltung hinsichtlich der richterliche Kontrolldichte üben. Die richterliche Tätigkeit müsse sich – so Hien – auf das Rechtsschutzbegehren des Bürgers konzentrieren und habe nicht das Ziel einer allgemeinen objektiven Kontrolle der Exekutive.

„Was man dem Richter nicht klagt, soll er nicht richten“, resümiert Hien in einem im März 2005 gemeinsam mit den Präsidenten der Obergerverwaltungsgerichte und der Verwaltungsgerichtshöfe der Länder veröffentlichten Thesenpapier zu den „Standards verwaltungsrichterlicher Arbeit“, das zudem eine größere „Kundenorientierung“ der Verwaltungsgerichte, kurze Verfahrenslaufzeiten und praxistaugliche, auf das Wesentliche konzentrierte Entscheidungen anmahnt.

Dass derartige, womöglich als „unbequem“ empfundene Gedanken, wie sie Eckart Hien nicht zuletzt auch auf dem Bremer Verwaltungsrichtertag 2004 mit großem Engagement vorgetragen hat, nicht bei allen Richtern auf uneingeschränkt offene Ohren gestoßen sind, wird Sie nicht überraschen. Doch Eckart Hien hat sich von der einen oder anderen kritischen Stimme nicht davon abhalten lassen, der mittlerweile nicht nur innerhalb der Verwaltungsgerichtsbarkeit verstärkt in Gang gekommenen – auch auf dem Stuttgarter Juristentag geführten – Diskussion über die Qualität richterlicher Arbeit weitere Impulse zu geben.

So benennt Hien in einer wiederum gemeinsam mit den Präsidenten der Obergerverwaltungsgerichte und der Verwaltungsgerichtshöfe der Länder erstellten Stellungnahme vom Mai dieses Jahres eine Art „magisches Viereck“ für die Qualität der richterlichen Tätigkeit mit folgenden Eckpunkten: Verfahrenslaufzeit, Entscheidungsqualität, Auftreten in der mündlichen Verhandlung sowie allgemeine Kommunikation mit den Verfahrensbeteiligten.

Neben der stetigen Verbesserung der Leistungen der Verwaltungsgerichtsbarkeit und einer Vitalisierung des richterlichen Berufsethos, ist Eckart Hien auch die Pflege internationaler Beziehungen ein Herzensanliegen. Ganz besonders hat Eckart Hien mit Begeisterung die von Belgien ausgehende Idee unterstützt, der bis dahin eher losen Vereinigung der europäischen obersten Verwaltungsgerichte einen festen organisatorischen Rahmen zu geben. Die Statuten dieser Vereinigung wurden im Jahr 2000 in Wien beschlossen. Eckart Hien war an der Ausarbeitung dieser Statuten maßgeblich beteiligt und hat sich mit viel Umsicht und Geschick dafür eingesetzt, dass die Vereinigung schließlich durch einstimmigen Beschluss gegründet werden konnte.

Doch auch auf bilateraler Ebene engagiert sich Eckart Hien für den internationalen Erfahrungsaustausch und für den weiteren Auf- und Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen rund um den Globus. Dieser Teil Ihres internationalen Ein-

satzes hat Sie, lieber Herr Hien, unter anderem bereits zu Arbeitsbesuchen nach Brasilien, nach Chile, nach Russland, in die Ukraine und nach Thailand geführt.

Angesichts des – von mir hier nur angedeuteten – Pensums dienstlicher Verpflichtungen und des darüber hinaus stets überobligatorischen Einsatzes von Eckart Hien werden Sie sich nun womöglich fragen, ob Herr Hien noch Zeit für sein Privatleben findet. Ich kann Ihnen versichern, dass das – naturgemäß in einem etwas beschränkten Maße – der Fall ist. Freilich will ich jetzt – auch mit Rücksicht auf Ihre Geduld – nicht damit beginnen, die vielfältigen privaten Interessen und Aktivitäten von Eckart Hien vor Ihnen auszubreiten. Eine besondere Fertigkeit, die mich besonders beeindruckt, möchte ich Ihnen jedoch nicht vorenthalten: Eckart Hien kennt – wer hier im Saal ihm das nachmachen kann, möge bitte ein Zeichen geben – nahezu alle Tagsschmetterlingsarten Mitteleuropas sowie die wesentlichen Familien der Nachtfalter und Käfer. Womit im Übrigen auch klargestellt ist, dass die Kenntnisse und Interessen des heute zu Ehrenden weit über jenen berühmten juristischen Tellerand hinausreichen, über den der eine oder andere aus unserem Berufsstand nicht immer hinauszublicken vermag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr gerne habe ich es unternommen, Ihnen im Rahmen dieser Feierstunde einige Facetten des eindrucksvollen Lebenswerkes und der engagierten Persönlichkeit des Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, Eckart Hien, vorzustellen. Es ist nunmehr an meinem Kollegen Christoph Degenhart von der Leipziger Juristenfakultät, diesem so vielgestaltigen Bild noch eine Reihe weiterer Facetten hinzuzufügen. Facetten, die ich Ihnen – und mir – nun nicht länger vorenthalten will.

Lieber Herr Hien, meine herzlichsten Glückwünsche zu Ihrer heutigen Ehrenpromotion! Ich bin überzeugt, dass die Universität Leipzig keinen Würdigeren hätte finden können!

Laudatio

Professor Dr. Christoph Degenhardt
Juristenfakultät

Verehrte Festversammlung!

I.

Ehrenpromotionen wirken ehrend in zweifacher Richtung – die ehrende Fakultät ehrt den zu Ehrenden, um seiner Verdienste für die Rechtswissenschaft willen, und seiner Verdienste für die Fakultät. Sie vergewissert sich dabei ihrer selbst – wird es als ehrenvoll empfunden, von der Fakultät geehrt zu werden, so ehrt dies wiederum die ehrende Fakultät – zumal wenn es sich um eine Persönlichkeit handelt wie den heute zu ehrenden Präsidenten eines obersten Bundesgerichts – der Universität und der Stadt verbunden, seitdem das Bundesverwaltungsgericht seinen Sitz hierher verlagerte.

Das Wirken des zu Ehrenden hat mein Kollege Papier eindrucksvoll geschildert – so bleibt mir die nicht weniger erfreuliche Aufgabe, jene – der Fachwelt ohnehin vertrauten – fachlichen Verdienste Eckart Hiens zu beleuchten, die uns die Ehrenpromotion nahe legen. Es ist dies natürlich an erster Stelle das rechtswissenschaftliche, literarische oeuvre. Es hat sich hier konsequent in Zuge der beruflichen Entfaltung entwickelt – eben deshalb zeichnet sich das wissenschaftliche Werk Eckart Hiens durch jene geglückte Kombination von wissenschaftlicher Vertiefung und Praxisnähe aus, die jeder bestätigen wird, der mit dem „Hölzl-Hien“ gearbeitet hat.

II.

Dem Einstieg Eckart Hiens in die Verwaltungsgerichtsbarkeit ging, wie in Bayern üblich, die Tätigkeit in der bayerischen inneren Verwaltung voraus, deren Kompetenz und Leistungsfähigkeit seinerzeit bundesweit als vorbildlich anerkannt war – und in der nach den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums Qualifikation und Leistung entscheidend waren, so dass

auch eine SPD-Mitgliedschaft dem beruflichen Werdegang nicht abträglich war. Der spätere Verwaltungsrichter soll so Verständnis für die Verwaltungspraxis, die Erfordernisse und Sachgesetzmäßigkeiten einer rechtsstaatlichen Verwaltung erwerben. Ihm soll damit die Sehweise zumindest einer der Parteien vertraut werden, über deren Belange er aus richterlicher Warte zu befinden hat, die Sicht der Verwaltung – um sich so dann auf richterliche Fehlersuche begeben zu können, auch dies eine Thematik, die den Gerichtspräsidenten beschäftigt hat. Sie dürfte allerdings irgendwann obsolet werden, wenn der Trend der Gesetzgebung, Fehler der Verwaltung für unbeachtlich zu erklären, wie bisher weitergeht.

Der Tätigkeit in der bayerischen inneren Verwaltung – auf allen Ebenen vom Landratsamt Ebersberg bis zum Bayerischen Staatsministerium des Innern – vorausgegangen war das Studium der Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität und das Abitur am altherwürdigen Wittelsbacher Gymnasium. Auch nach langjähriger Tätigkeit in Berlin und Leipzig ist diese Prägung ebenso spürbar geblieben, wie die Herkunft Eckart Hien – sein Vater war ein renommierter, allseits geachteter Rechtsanwalt – aus jenem ebenso christlich fundierten wie süddeutsch-liberaler Tradition verhafteten, toleranten und bildungsoffenen, der res publica verpflichten Bürgertum, dessen Existenz über gewisse grellere Facetten unserer gemeinsamen Heimatstadt mitunter etwas in den Hintergrund gedrängt wird. Dieser im besten Sinn republikanischen Tradition nicht trotz, sondern wegen seiner bayerischen Herkunft verpflichtet zu sein, darauf legt Eckart Hien auch Wert – dessen Blickfeld sich schon früh über das engere Münchener Umfeld hinaus weitete, nicht zuletzt durch zweijährigen Dienst zu See – abgeschlossen als Leutnant zur See. Den weiten Horizont hat sich der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts erhalten, wie mein Vorredner ja trefflich geschildert hat.

III.

Aus der Zeit in der bayerischen inneren Verwaltung und am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof stammt die Kommentierung des Bayerischen Kommunalrechts – die wissenschaftliche Durchdringung des Landesrechts wurde in Bayern traditionell intensiv und auf hohem wissenschaftlichem Niveau gepflegt – im erwähnten Hölzl/Hien. Aus dieser Kommentierung hat sich Eckart Hien mit zunehmender Verlagerung seines Wirkens auf die bundesweite und auf die europäische Ebene dann zurückgezogen, Anlage und Struktur des Werks weiterhin prägend. Weitere Arbeiten aus dem Bereich des bayerischen Kommunalrechts zeugen von den administrativen und judikativen Erfahrungen

dieser Zeit – die Eckart Hien stets auch auf die europäische Ebene zu transferieren bestrebt war.

Die richterliche Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht spiegelt sich wider in einer verstärkten Zuwendung zu Materien des Besonderen Verwaltungsrechts des Bundes. Seine Bemerkungen zum städtebaulichen Vertrag in der Festschrift für Otto Schlichter und zur Umweltverträglichkeitsprüfung in der gerichtlichen Praxis belegen eben jene souveräne Stoffbeherrschung, wie sie durch langjährige obergerichtliche Praxis erworben wird. Verdienstvoll ist zweifellos auch die rechtswissenschaftliche Aufbereitung einer Materie wie der des Eisenbahnrechts.

Den Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts beschäftigen dann auch in zunehmendem Maße, wie es seiner Stellung und Funktion entspricht, die grundsätzlichen Fragen der Stellung und Funktion der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Welcher Ort wäre geeigneter, darüber nachzudenken, als jener imposante Bau des Bundesverwaltungsgerichts, dessen so bis ins Detail geglücktes Erscheinungsbild, dessen Atmosphäre, die sich dem Besucher sogleich mitteilt, nicht zuletzt auch Eckart Hiens Verdienst ist. Als unsere Fakultät vor einiger Zeit Besuch von einer Evaluierungskommission hatte, stellte diese fest, dass auf einer Skala des äußeren Erscheinungsbildes von Institutionen in der Öffentlichkeit das Bundesverwaltungsgericht einerseits, die Juristenfakultät andererseits die beiden Enden dieser Skala markieren – um so erfreulicher für uns als Fakultät, dass etwas vom Glanz des Gerichts auf uns abstrahlt.

In der Tat lässt sich in diesem dort trefflich *raisonnieren* über Stellung und Funktion der Verwaltungsgerichtsbarkeit – eine starke und selbstbewusste dritte Gewalt, wie der Bau des Reichsgerichts sie symbolisiert, erscheint mir unverzichtbar für den rechtsuchenden Bürger, der sich häufig einer ihm übermächtig erscheinenden Verwaltung gegenüber sieht, die, mit überlegenem Sachverstand ausgestattet, die autoritative Definition des Gemeinwohls für sich in Anspruch nimmt. Und eine solche selbstbewusste Verwaltungsgerichtsbarkeit, wie sie auch Eckart Hien bei aller richterlichen Zurückhaltung repräsentiert, scheint mir erst recht unverzichtbar in einem staatlichen Umfeld, in dem Gemeinwohlbelange zunehmend privatisiert, in dem grundlegende Errungenschaften des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats oft allzu unbesehen gegenüber den tatsächlichen oder vermeintlichen Zwängen der Globalisierung und Ökonomisierung hintangestellt werden. Die staatsbürgerliche Sozialisation der meisten unter uns – soweit sie im Geltungsbereich des Grundgesetzes erfolgte – fiel ja in die Zeit der außerparlamentarischen Opposition. Nunmehr bewegen wir uns zusehends in eine Phase des außerparlamentarischen *Gouvernements*. Auch dies sind Herausforderungen,

denen die dritte Gewalt sich stellen muss. Und wenn es in immer stärkerem Maße organisierte Interessen sind, die Gesetze, mitunter in staatlichem Auftrag, vorformulieren – sollte dann deren Gemeinwohldefinitionen für die Gerichte ohne weiteres verbindlich sein?

Dass Verwaltungsrecht, Verwaltungsrechtsschutz und Verwaltungsgerichtsbarkeit immer mehr eine internationale Dimension erhalten, und dass der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit international eine gewichtige Stimme verleiht, dies hat mein Vorredner ja ausgeführt – auch dies soll nicht zuletzt mit der von unserer Fakultät ausgesprochenen Ehrung gewürdigt werden.

IV.

Die Verdienste von Eckart Hien um Verwaltungsrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit liegen freilich nicht nur auf europäischer und internationaler Ebene – sie sind auch hier ganz unmittelbar präsent, in der Beheimatung des Bundesverwaltungsgerichts an seinem neuen Sitz in Leipzig und in der Öffnung des Gerichts für fachlichwissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen in dieser Stadt.

Es ist ja kein Geheimnis, dass der Beschluss der seinerzeitigen Föderalismus-Kommission, den Sitz des Bundesverwaltungsgerichts nach Leipzig zu verlegen, in Sachsen nicht auf uneingeschränkte Begeisterung gestoßen ist – hatte man doch erwartet, den Bundesgerichtshof im Gebäude des ehemaligen Reichsgerichts zu beherbergen. Von der Verwaltungsgerichtsbarkeit hatte man keine so rechten Vorstellungen; sie wurde nicht sogleich – und wird von dem einen oder anderen auch heute noch nicht – als gleichwertiger Ersatz für das oberste Bundesgericht in der ordentlichen Gerichtsbarkeit angesehen. Ein gewisses Misstrauen war zunächst spürbar – vorsichtshalber wurde für alle Fälle der Pleißegraben geöffnet und auch sonst manches unternommen, um das Gericht zumindest optisch etwas auf Distanz zu halten – so durch jene Stelenreihe, nächtens zu einem blau illuminierten, lasveganesken Lichtervorhang mutierend. Dass Du, lieber Eckart, wie Dein Vorgänger im Amt, hier die Würde des Gerichts verteidigt hast, scheint mir unter Deinen Verdiensten nicht das geringste zu sein.

Von denkmalschützerischen Belangen einmal abgesehen: Ein derartiger Akt der optischen Verdrängung einer zentralen rechtsstaatlichen Institution, zu Zeiten des Reichsgerichts nur schwerlich vorstellbar, ein derartiger städtebaulicher octroi gegenüber einem obersten Bundesgericht stimmt nachdenk-

lich, was den Stellenwert der dritten Gewalt in unserer Gesellschaft betrifft, und den Umgang mit ihr.

V.

Doch wurden über den Pleißbegraben Brücken geschlagen – hin zur Stadt, hin zur Fakultät. Es findet ein reger Austausch statt – Richter des Bundesverwaltungsgerichts sind hochgeschätzte Dozenten an unserer Fakultät; Professoren wiederum treten gelegentlich vor den Schranken des Gerichts auf, dies wiederum bereichert die Lehre. Symposien, Kongresse, Podiumsveranstaltungen und auch kulturelle Events finden in den Räumen des Bundesverwaltungsgerichts statt, und werden durch die Präsenz der Mitglieder des Gerichts bereichert. Es geht dabei ja nicht nur einfach um repräsentative Räume – es ist eine Atmosphäre der Offenheit, der Dialogbereitschaft, die das Haus des Bundesverwaltungsgerichts durchzieht und die sich den Veranstaltungen dort so unmittelbar mitteilt und dieser *genius loci* wird ganz maßgeblich geprägt vom Hausherrn.

Auch dafür danken wir – und wir freuen uns, dass wir dies zum Ausdruck bringen können durch die Verleihung des Grades eines

doctor iuris honoris causa.

Dankesrede

Dr. h.c. Eckart Hien
Präsident des Bundesverwaltungsgerichts

Honorige Festversammlung, liebe Freunde des Dr. honoris causa,

ich bin überwältigt. Dass man bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde mit etwas lobenden Worten bedacht wird – damit musste ich rechnen. Aber dass es dann mit einer solchen Wucht über mich hereinbrechen würde, das hatte ich doch nicht erwartet. Ich wähnte mich zeitweise auf einer ganz anderen Veranstaltungsart, bei der es üblich ist, nur Gutes über den Betreffenden zu sagen – *de mortuis nihil nisi bene*. Es ist mir deshalb ein Bedürfnis, zuerst einmal auszurufen: Hallo, ich bin noch nicht tot, ich habe und ich mache noch jede Menge Fehler. Kritisiert mich, schmäht mich – aber lasst mich leben!

Meine Damen und Herren, mit Blick auf den heutigen Tag hat mich zunächst die Vorstellung beunruhigt, ich müsste bei dieser Gelegenheit doch wohl ein paar wirklich kluge Gedanken äußern, Gedanken von einer Tiefe, Originalität und dennoch Systematik, dass Sie alle sagen würden: Donnerwetter, jetzt wissen wir endlich, warum Dr. h.c. – ja, er hat ihn vielleicht doch verdient!

Von dieser Vorstellung hat mich – und Sie – das vorliegende Programm befreit, wonach Sie jetzt eine Dankesrede erwartet. Ich bin der Universität für diese inhaltliche Vorgabe bereits außerordentlich dankbar.

Natürlich gilt mein Dank aber in erster Linie der Juristischen Fakultät, die es sich nicht hat ausreden lassen – diesbezügliche Versuche waren allerdings recht schwach – mir die Doktorwürde anzutragen.

Mein besonderer Dank gilt den Laudatores. Ich fühle mich sehr geehrt, dass Sie, Herr Prof. Papier, diesen Part übernommen haben. Christoph Degenhardt bin ich in alter Verbundenheit ebenso zu Dank verpflichtet.

Ein weiterer herzlicher Dank gilt Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für die freundlichen Worte und auch für die Überlassung des Saales des Alten Rathauses für diese Feierstunde.

Überhaupt ist mein Grundgefühl am heutigen Tag von Dankbarkeit geradezu durchtränkt, so dass ich Sie alle, die hier anwesend sind, für Ihr Kommen in diese Dankbarkeit einschließe.

Lassen Sie mich aber doch noch ein paar Worte zum heutigen Anlass sagen:

Als ich erfuhr, dass die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig mir die Ehrendoktorwürde zu verleihen gedenke, war ich ordentlich überrascht, ja fast erschrocken. Hatte ich doch Jahrzehnte lang Gelegenheit, mich an die akademische Schmucklosigkeit meines Namens zu gewöhnen, eine Schmucklosigkeit, die durch die gnadenlose Kürze meines Familiennamens noch erhöht wurde und auch nicht durch die Abkürzung eines zweiten Vornamens aufgepeppt werden konnte, etwa nach dem Muster „Henrik M. Broder“, „Johannes B. Kerner“ oder gar George „Dabbelju“ Bush.

Geboren in karger Kriegezeit, waren meine Eltern auch bei der Vergabe des Vornamens äußerst sparsam. Nun war ich vor etwa vier Jahrzehnten durchaus gewillt, diesen kargen Zustand durch den Erwerb des Dokortitels sozusagen lege artis zu beenden. Der damalige Arbeitsrechtspapst der Universität München hatte mich als Doktorand angenommen mit dem verlockenden Thema:

„Die Zurechnung eigenmächtigen Verhaltens des Betriebsratsvorsitzenden zu Lasten des Betriebsrats“.

Da hatte ich mich bereits mächtig ins Zeug gelegt: Mit der eigentlichen Ausarbeitung hatte ich zwar noch nicht begonnen, aber immerhin ca. 300 Seiten an Material gesammelt, als mein Doktorvater unerwartet, aber (für mich) glücklicher Weise - verstarb.

Ich begriff sofort: Das ist meine Chance. Ich konnte unter halbwegs gesichtswahrenden Umständen von der Promotion absehen, hatten sich doch zwischenzeitlich durch Verhehlung und den damit verbundenen Pflichten meine realen Verhältnisse zugunsten des Lebens und zu Lasten wissenschaftlicher Kärnerarbeit dramatisch verändert.

Natürlich hatte ich eine gehörige Portion schlechten Gewissens, aber die Erleichterung überwog deutlich, als ich in einem Akt der Selbstbefreiung das gesamte gesammelte Material feierlich den Flammen überantwortete – also sozusagen die Brücken hinter mir abbrach, damit kein Weg zurück mehr möglich war.

Seit diesem Zeitpunkt stieg meine Hochachtung vor den Menschen, die diese Prozedur des Doktor–Arbeit–Schreibens erfolgreich durchgestanden, und nicht – letztlich – gekniffen haben, wie ich. Wobei ich vielleicht einflechten

sollte, dass ich auch vor solchen Doktores hohen Respekt habe, die den Titel mit minimalem Aufwand erworben hatten: Ein rechtsvergleichendes Thema etwa, vielleicht gar in Österreich, und einfach durch! Es zeugt von hohem praktischem Geschick, an die Doktorarbeit – außerhalb einer angestrebten akademischen Laufbahn selbstredend – keine hochfliegenden Ansprüche zu stellen, sondern fleißig und handfest die Sache hinter sich zu bringen – rite, das reicht.

Diese Bewunderung ist geblieben, das schlechte Gewissen war durch den Lauf der Zeit narbenlos verheilt – so dachte ich. Bis zu dem Zeitpunkt, als Ihr Angebot kam: Da war dann plötzlich so eine Art Phantomschmerz hinsichtlich der abgebrochenen Dissertation verbunden mit einer klammheimlichen Freude, es auf meine alten Tage vielleicht doch noch zu akademischen Ehren zu bringen, verbunden mit der wiederum eher schmerzlichen Erkenntnis, dass der „richtige“ Dokortitel durch harte Arbeit erworben wird, der h.c. dagegen durch -- ja wodurch eigentlich?

Nun haben die Herren Laudatores mir eine solche Fülle von Leistungen bescheinigt, dass ich – wenn ich das alles glaube (und wie sollte ich das bei solchen Laudatores nicht glauben müssen), tatsächlich zu der Überzeugung kommen muss: Wodurch auch immer der Dr. h.c. **sonst** erworben wird, mir wird er jedenfalls zu Recht verliehen, ja, fast wäre man versucht zu sagen: Warum ist da eigentlich niemand früher drauf gekommen? Aber – Spaß beiseite – mir ist durchaus bewusst, dass die heutige Auszeichnung nicht allein meinen persönlichen Verdiensten gilt, sondern auch als Anerkennung der Arbeit der Institution zu sehen ist, der vorzustehen ich die – leider zeitlich arg begrenzte – Ehre habe.

So empfinde ich diese Feierstunde insbesondere auch als sichtbaren Ausdruck dafür, dass das Bundesverwaltungsgericht inzwischen wirklich in Leipzig angekommen und in diese Stadt und seine Institutionen eingebunden ist.

Es wird heute nämlich auch eine Tradition wieder aufgenommen, die es zu Reichsgerichtszeiten bereits gab. So sind etwa im Rahmen der Fünfzigjahrfeier des Reichsgerichts im Jahre 1929 ebenfalls Ehrendokortitel an Mitglieder des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft und der Rechtsanwälte am Reichsgericht verliehen worden. Der damalige Dekan, der Geheime Hofrat Prof. Richard Schmidt, würdigte dabei vor allem die „fruchtbare Wechselseitigkeit“ zwischen Universität und Gericht und er beschrieb das Zusammenleben dieser Institutionen wie folgt: „Es ist kein offizielles, es ist das schöne, menschliche Verhältnis einer treu gesinnten Nachbarschaftlichkeit, die sich in den mannigfachsten Formen anregenden Verkehrs, wechselseitiger Belehrung und verständnisvollen Zusammenwirkens ausdrückt.“

Ich möchte dieses Verhältnis mit meinen Worten etwas variieren und hinzufügen, dass beide Institutionen – die Juristische Fakultät und das Bundesverwaltungsgericht – durch eine gemeinsame Aufgabe verbunden sind, nämlich der Festigung und Fortbildung des Rechts und dem Bemühen, die rechtsstaatlichen Strukturen hier, aber auch über unsere Grenzen hinaus, zu stärken.

Unsere Wege sind insoweit zwar verschieden, aber im Ziel sind wir eng verbunden.

Diese gemeinsame Aufgabenstellung und die räumliche Nachbarschaft – die sich nicht zuletzt auch gewinnbringend in der Juristischen Gesellschaft zu Leipzig auswirken – werden auch in Zukunft ein guter Nährboden sein für mannigfaltige Kontakte. Nach meinem Dafürhalten könnte die Zusammenarbeit insoweit sogar noch intensiviert werden, dass verstärkt „Gerichtspraktiker“ in den Hörsälen aus ihrer Arbeit berichten und so den Kontakt zwischen Praxis und Lehre verstärken.

Meine Damen und Herren, schon komme ich zum finale furioso:

Von der Juristischen Fakultät einer der ältesten und ehrwürdigsten deutschen Universitäten, der Alma mater Lipsiensis, in einem der bedeutendsten Profanbauten der Renaissance, gewürdigt von so herausragenden Laudatores, begrüßt vom Dekan und begrüßwortet von seiner Magnifizienz **und** vom Oberbürgermeister der lebendigsten Stadt des sogenannten Ostens, vor einem so prominenten und liebenswürdigen Publikum die Ehrendoktorwürde verliehen zu bekommen – das ist eine wirklich so hochnoble Geste, dass ich nur noch sagen kann:

Allen meinen herzlichsten Dank!

Die Juristenfakultät der Universität Leipzig verlieh am 18. Oktober 2006 Eckart Hien, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, die Ehrendoktorwürde für seine außergewöhnlichen wissenschaftlichen Leistungen im Bereich der wissenschaftlichen Kommentierung und Erörterung des Bundes- und insbesondere des bayerischen Landesrechts.

Anlass für die Verleihung des Ehrendoktors waren weiterhin die Verdienste Hiens um die Beheimatung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig und die seither gepflegte Öffnung dieses Gerichts und des Dienstgebäudes für wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen.